Schleswig-Holstein

Beantworteten die Fragen der zahlreichen Anruferinnen und Anrufer (v. li.): Melanie Huß, Christian Schultz und Katrin Kardel.

Telefone standen nicht still

Die Telefone standen nicht still, und viele Anrufer kamen wegen besetzter Leitungen nicht durch. Die gemeinsam vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (SHZ) und dem SoVD Schleswig-Holstein durchgeführte Telefonaktion zum Thema „Grundsicherung im Alter“ war ein großer Erfolg.

Ein Expertenteam des SoVD – bestehend aus dem Sozialreferenten Christian Schultz sowie den Geschäftsführerinnen der Kreisverbände Rendsburg-Eckernförde, Katrin Kardel, und Nordfriesland, Melanie Huß – beantwortete die vielen Fragen der Anruferinnen und Anrufer. Viele wollten wissen, ob sie Anspruch auf Grundsicherung haben. Anhand der gemachten Angaben, zum Beispiel Renten- und Miethöhe, bewerteten die SoVD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, ob es sich lohnt einen Antrag zu stellen. Letztlich muss jeder Fall natürlich individuell vom zuständigen Amt für Grundsicherung geprüft werden. Auch die von einigen geäußerte Befürchtung, dass sich das Amt die Grundsicherung bei den Kindern zurück holt, konnte weitestgehend entkräftet werden. Lediglich ab einem Jahreseinkommen von über 100 000 Euro pro Kind kann das Amt prüfen, ob eine Zahlungsverpflichtung besteht.

Informiert wurden die Anruferinnen und Anrufer auch darüber, dass für Menschen mit einer Behinderung und dem Merkzeichen „G“ oder „aG“ ein höherer Regelbedarf gilt sowie darüber, dass auch nach der Umstellung der GEZ Bürgerinnen und Bürger, die Grundsicherung beziehen, von der Rundfunkgebühr befreit sind. Selbst wenn man eigentlich keinen Grundsicherungsanspruch hat, mit der Zahlung des Rundfunkbeitrags aber weniger zur Verfügung hätte als ein Grundsicherungsbezieher, kann man sich befreien lassen.

Neue Kennzeichnung für Arzneimittel

Die Europäische Union (EU) hat eine neue Kennzeichnung für Arzneimittel eingeführt, die besonders engmaschig überwacht werden. Diese weisen in ihrer Packungsbeilage ein auf der Spitze stehendes schwarzes Dreieck auf sowie den Satz: „Dieses Arzneimittel unterliegt einer zusätzlichen Überwachung.“

Alle Arzneimittel werden nach ihrem Inverkehrbringen in der EU sorgfältig überwacht. Mit dem schwarzen Dreieck gekennzeichnete Arzneimittel werden jedoch noch engmaschiger überwacht als andere Arzneimittel, z. B. weil sie neu auf dem Markt sind. Es bedeutet nicht, dass das Arzneimittel unsicher ist. Patienten sollten vermutete Nebenwirkungen eines Arzneimittels ihrem Arzt, Apotheker oder der zuständigen Arzneimittelbehörde melden. Welche Behörde für das jeweilige Arzneimittel zuständig ist, wird in der Packungsbeilage des jeweiligen Arzneimittels beschrieben. Weitere Informationen zum Thema finden Patienten im Internet unter: www.bfarm.de und www.pei.de.

Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Schleswig-Holstein

Sicherheit und Selbstwert

Ein aktuelles Forschungsprojekt der Uni Kiel belegt: Soziale Teilhabe im Alter eine Frage des Selbstwertgefühls und der materiellen Sicherheit. Unter der Leitung von Cassandra Lill und Dr. Gerhard Berger vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Kiel haben sich rund 30 Studierende über zwei Semester lang mit dem Thema „Altersarmut in Schleswig-Holstein“ auseinandergesetzt.

Kernstück waren Interviews mit von Armut betroffenen älteren Menschen. Damit verbunden wurde der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ausgewertet, eine bundesweit repräsentative Befragung von Menschen in der zweiten Lebenshälfte (40 bis 85 Jahre). Initiator war der Landesverband Schleswig-Holstein des Sozialverband Deutschland (SoVD).

Entscheidend ist das Bild vom eigenen Älterwerden

Ein Ergebnis: Nicht nur der Geldbeutel bestimmt darüber, wie gut man am Leben teilnehmen kann, sondern auch sehr stark das Bild, das man von sich selbst und dem eigenen Älterwerden hat: „Wir können zeigen, dass optimistische Menschen, die sich selbst etwas zutrauen und die dem eigenen Altern auch positive Seiten abgewinnen können, deutlich besser im Leben stehen, deutlich seltener einsam sind, sich weniger als ausgeschlossen empfinden. Ähnlich sieht es bei der Gesundheit aus: auch hier wirken sich die genannten Faktoren eindeutig positiv aus“, so Dr. Gerhard Berger.

Gleichzeitig hängt die Fähigkeit, dem Leben positiv zu begegnen, in hohem Maße auch von der finanziellen Situation ab. „Jemand, der von Armut bedroht wird, hat in der Regel ein negativeres Bild von sich selbst und dem eigenen Älterwerden als jemand, der in finanziell geordneten Verhältnissen lebt.

So müssen notwendig zwei Dinge zusammenkommen, damit Menschen, die wenig Geld haben, auch im Alter sozial eingebunden leben können und insbesondere psychisch stabil und gesund bleiben: Einkommensarmut muss verhindert werden und vom Leben erschöpfte Ältere müssen darin unterstützt werden, dennoch ein angemessenes Selbstwertgefühl und ein positives Bild vom Altern zu haben. Zu letzteren können gesundheits- und teilhabefördernde Angebote der Kommunen und Gemeinden viel beitragen.

Würdevolles Leben im Alter möglich machen

Das Soziale Bündnis für Schleswig-Holstein aus SoVD, AWO und DGB Nord hat einen Forderungskatalog zur wirksamen Bekämpfung von Altersarmut zu diesem Thema erarbeitet. „Die Politik ist aufgerufen, sich mit unseren Vorschlägen auseinanderzusetzen“, sagt Jutta Kühl, Vorstandsmitglied im schleswig-holsteinischen Sozialverband, und führt weiter aus: „Alle Menschen in diesem Land müssen ein würdevolles Leben führen können. Und dazu gehört auch mal der Besuch im Theater oder Kino – ohne Geld geht das nicht.“

Schleswig-Holstein

Sozialpolitische Diskussion

Im Vorfeld der Bundestagswahlen trafen sich die schleswig-holsteinischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien auf Einladung des Sozialen Bündnisses für Schleswig-Holstein (SoVD, AWO, DGB Nord) zu einer sozialpolitischen Diskussion in der Kieler Halle 400. Moderiert wurde die Veranstaltung von Carsten Kock (RSH).

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragenkomplexe zu den Themen Arbeit, Rente / Altersarmut und Pflege. Die Landesvorsitzenden der gastgebenden Verbände – Sven Picker (SoVD), Uwe Polkaehn (DGB) und Wolfgang Baasch (AWO) – leiteten die Gesprächsrunden zu den Themen mit jeweils einem grundlegenden Statement ein.

Nicht zuletzt aufgrund der engagierten Teilnahme der mehr als 350 Zuschauerinnen und Zuschauer entwickelte sich eine über weite Strecken sehr lebhafte Diskussion. Die Politikerinnen und Politiker stritten vor allem über gesetzlichen Mindestlohn, Maßnahmen gegen Altersarmut und Strategien zur Bekämpfung des Pflegenotstandes.

Waren leidenschaftlich bei der Sache (v. li.): Dr. Johann Wadephul (CDU), Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD), Dr. Bernd Buchholz (FDP), Lorenz-Gösta Beutin (Linke) und Luise Amtsberg (Bündnis 90 / Grüne). Rechts im Bild: Moderator Carsten Kock.